Stand: 04.05.2025 20:59:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14138

"Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen I: Möglichkeit zur Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit auch für Studierende gewährleisten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14138 vom 10.11.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15533 des SO vom 26.01.2017
3. Beschluss des Plenums 17/16000 vom 14.03.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 14.03.2017

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.11.2016 **Drucksache 17/14138**

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Martina Fehlner, Susann Biedefeld SPD**

Ergebnisse der Anhörung „Jungsein in Bayern“ ernst nehmen I:
Möglichkeit zur Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit auch für Studierende gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auch Studierenden zu ermöglichen, zum Zwecke der Jugendarbeit freigestellt zu werden.

Insbesondere sollen dabei folgende Aspekte berücksichtigen werden:

– Freistellung von Pflichtveranstaltungen bzw. Aufhebung der Anwesenheitspflicht zum Zweck des Ehrenamts,

– mehr Anerkennung und Anreiz durch Vergabe von Credit Points,

– Ausweitung einer möglichen Verlängerung der BAföG-Förderhöchstdauer auch auf bürgerschaftliches Engagement.

Begründung:

Nachdem die Enquete-Kommission des Landtags „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ bereits 2008 eine Änderung des aus dem Jahre 1980 stammenden Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit angemahnt hatte, befinden sich die Entwürfe für eine entsprechende Novellierung seit Juni 2016 in der parlamentarischen Beratung. Separat zu regeln ist die Frage, wie Freistellungen zum Zwecke der Jugendarbeit auch für Studierende erleichtert werden können.

Hier stellen sich insbesondere drei spezifische Probleme, die es zu lösen gilt: Erstens geht es um die Frage, wie die Anwesenheitspflicht bei Pflichtveranstaltungen gelockert werden kann, um Studierenden ehrenamtliche Betätigungen zu ermöglichen. Zweitens ist die Frage der Anrechenbarkeit derartiger Betätigungen zu klären, insbesondere durch die Vergabe von Credit Points. Zu beachten ist hierbei, dass ein derartiges Anreizsystem so auszugestalten ist, dass es dem Zwecke der Anerkennung dient, nicht jedoch Gefahr läuft, zur eigentlichen Motivation ehrenamtlicher Betätigungen zu werden. Dies ist allerdings, wie Erhebungen zu den Motiven ehrenamtlicher Betätigungen nahelegen, bei maßvoller Ausgestaltung einer solchen Regelung weitgehend auszuschließen. Und drittens muss eine solche Regelung auch vorsehen, dass bürgerschaftliches Engagement ebenfalls als Kriterium für eine mögliche Verlängerung der BAföG-Förderhöchstdauer herangezogen werden kann. Die Staatsregierung wird dementsprechend dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine derartige Regelung einzusetzen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.01.2017 **Drucksache** 17/**15533**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Drs. 17/**14138**

Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen I: Möglichkeit zur Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit auch für Studierende gewährleisten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 26. Januar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.03.2017 **Drucksache** 17/**16000**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Martina Fehlner, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/**14138**, 17/**15533**

Ergebnisse der Anhörung „Jungsein in Bayern“ ernst nehmen I: Möglichkeit zur Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit auch für Studierende gewährleisten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Claudia Stamm
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Herbert Woerlein
Abg. Judith Gerlach
Abg. Eva Gottstein
Abg. Dr. Gerhard Hopp

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 12 bis 35** gemeinsam auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" I - Politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen ausbauen
(Drs. 17/11616)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" IV: Fachprogramm Umweltbildung wiederauflegen (Drs. 17/12793)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" V: Interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit in Bayern (Drs. 17/12794)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" VI: Fachprogramme für geschlechtersensible Jugendarbeit fortsetzen
(Drs. 17/12795)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" VIII:
Förderprogramm zum Ausbau der medienpädagogischen Arbeit und Forschung (Drs. 17/12797)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" IX:
Politische Teilhabe stärken - Wahlalter senken (Drs. 17/12798)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" X:
Stärkung der Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) (Drs. 17/12799)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der Anhörung "Jungsein in Bayern" XI:
Akzeptanz für sexuelle Vielfalt fördern - Homosexualität enttabuisieren (Drs. 17/12800)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen I:
Möglichkeit zur Freistellung zum Zwecke der Jugendarbeit auch für Studierende gewährleisten! (Drs. 17/14138)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen II:
Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr ausbauen!
(Drs. 17/14139)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen III:
Förderung der LGBTI-Akzeptanz - Aktionsplan gegen Homophobie vorlegen!
(Drs. 17/14140)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen IV:
Politische Teilhabemöglichkeiten für Jugendliche erweitern! (Drs. 17/14141)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen V:
Auflegung eines neuen Fachprogramms für geschlechtersensible Teilhabe in der Jugendarbeit (Drs. 17/14142)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen VI:
Aktionsprogramm "Flüchtlinge werden Freunde" durch Regelförderung verstetigen! (Drs. 17/14143)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen VIII:

Partizipation in Erziehungseinrichtungen sicherstellen! (Drs. 17/14145)

und

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen IX:
Jugendwerkstätten stärker fördern! (Drs. 17/14146)

und

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen X:
Konzept für Übergangssystem Schule - Beruf vorlegen! (Drs. 17/14147)

und

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen XI:
Jugendliche bei dualer Ausbildung unterstützen! (Drs. 17/14148)

und

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Ergebnisse der Anhörung "Jungsein in Bayern" ernst nehmen XII:
Flächendeckender Aufbau von "Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf"!
(Drs. 17/14149)

und

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u. a. (CSU)
Bayerische Jugendarbeit stärken I:
Zugang Ehrenamtskarte erleichtern (Drs. 17/14996)

und

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u. a. (CSU)

Bayerische Jugendarbeit stärken II:

Eigenständige Kommunale Jugendpolitik weiterentwickeln (Drs. 17/14997)

und

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u. a. (CSU)

Bayerische Jugendarbeit stärken III:

Internationale Jugendarbeit vertiefen (Drs. 17/14998)

und

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u. a. (CSU)

Bayerische Jugendarbeit stärken IV:

Jugendkultur- und Jugendmedienarbeit fördern (Drs. 17/14999)

und

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u. a. (CSU)

Bayerische Jugendarbeit stärken V:

Fanprojekte stärken (Drs. 17/15000)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/11616 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 48 Minuten vereinbart. Als Erste darf ich Frau Kollegin Claudia Stamm das Wort erteilen. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über ein ganzes Antragspaket ab. Das ist richtig. Die Themen reichen von der Medienkompetenz über mehr Power für die Freiwilligenjahre bis hin zur Beteiligung von Jugendlichen.Für mich geht es aber um viel mehr als um ein Paket von Einzelmaßnahmen für die Jugend. Es geht schlicht und einfach um die Frage, wie wir Jugendliche beteiligen wollen. Wollen wir sie ernst nehmen, oder sind das einfach Sonntagsreden von Ihrer Seite? Wie steht es darum, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie lamentieren, Jugendliche engagierten sich nicht genug? – Das schlicht nicht wahr. Das zeigt jede Studie. Jugendliche sind überall aktiv, ob im Sportverein oder in kirchlichen Verbänden, in der Feuerwehr, in der Wasserwacht, in der Grünen Jugend oder auch in der Jungen Union. Zudem engagieren sie sich vor allem auch in der Flüchtlingshilfe.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, als es die vielen Geflüchteten im Herbst 2015 bis an die europäischen Grenzen schafften, haben viele versagt, viele Ebenen und viele Institutionen. Versagt hat die internationale Ebene der Vereinten Nationen sowohl in den Nachbarländern vor Ort als auch bei uns in den Lagern an den europäischen Grenzen. Die europäischen Einrichtungen haben es nicht geschafft, die Erstversorgung schnell auf die Beine zu stellen.

Europa, wo warst du? Europa, wo bist du? – Das habe ich mich immer gefragt, als ich zwei Mal mehrere Tage an den Grenzen und in den Lagern vor Ort war. Aber Europa war da! Europa hat gelebt, und Europa war da, und zwar in Form der vielen Jugendlichen und jungen Menschen aus vielen verschiedenen Ländern. Das waren Jugendliche, die sich einfach selbst organisiert haben, oft über Social Media ausgemacht haben, wann die nächste Hilfsfahrt losgeht und wohin sie am nötigsten ist. Sie haben sich selbst als Freelancer bezeichnet, weil sie nicht Teil einer Organisation waren. Sie haben das gemacht, was eigentlich Aufgabe der europäischen Länder und Einrichtungen gewesen wäre, nämlich, die Geflüchteten mit dem Nötigsten zu versorgen.

Jugendliche leisten unheimlich viel. Jugendliche sind heute reifer als früher. Das sagen alle Entwicklungspsychologinnen und -psychologen. Deswegen: Lasst sie an die Macht!

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Lasst sie dieses Land endlich wirklich mitgestalten! Es nutzt nichts, zu lamentieren und immer wieder festzustellen, dass unsere Gesellschaft überaltert. Ich will, dass junge Menschen mitgestalten dürfen. Ich will sie an den politischen Prozessen beteiligen. Ich will sie an dem, was sie betrifft, beteiligen, weil sie die Suppe auslöffeln und die Zukunft ausbaden müssen, jene Zukunft, über die heute ohne sie entschieden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Ja, politische Willensbildung fällt nicht einfach vom Himmel! Das ist in der Jugend-Enquete-Anhörung auch von der Vertretung der Schülerinnen und Schüler gesagt worden. Für politische Willensbildung muss man etwas tun. Dafür muss man auch ein bisschen Geld in die Hand nehmen. Deshalb ist unser heutiger Antrag zum Ausbau der politischen Bildungsarbeit auch so wichtig. Deshalb stellen wir diesen Antrag auch namentlich zur Abstimmung, weil dieser Antrag die Basis für wirksame politische Teilhabe legt.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht heute nicht um Parteipolitik, sondern es geht um die grundlegende Entscheidung jedes einzelnen Abgeordneten und jeder einzelnen Abgeordneten, wie er oder sie es ungeachtet wohlfeiler Bekundungen tatsächlich mit der Jugendpolitik hält. Allerorten beklagt man die Radikalisierung von Jugendli-

chen. Bevor Sie jetzt wieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schubladen bedienen: Viele der radikalisierten Jugendlichen im Bereich des Islamismus sind Menschen, die hier in Deutschland geboren sind. Bei den Radikalisierten im Bereich des Rechtsextremismus ist das sowieso der Fall. Ich bitte Sie, bevor Sie wieder Mechanismen an den Tag legen, innezuhalten und einfach mal konstruktiv mitzuarbeiten; denn wir müssen uns alle fragen, warum diese Jugendlichen, die sich radikalisieren, offenbar keinen Halt mehr haben und die Werte unserer demokratischen Gesellschaft nicht mehr sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Diesen Fragen müssen wir uns stellen. Diese Fragen zu lösen, sollte uns auch etwas Geld wert sein. In Prävention zu investieren, ist immer besser und kostengünstiger, als in Sicherungsmaßnahmen zu investieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen und es eigentlich zu spät ist.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, auch wenn unsere Regierungsform der Demokratie an der einen oder anderen Stelle etwas kränkelt, bleibt sie doch die beste Form des Zusammenlebens, die beste Form des Miteinanders und die beste Form, die wir haben.

Echte Demokratie braucht auch Mut, vor allem den Mut, die Macht zu teilen und den ständigen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften zu suchen. Demokratie setzt dabei voraus, dass man sich auf Augenhöhe begegnet. Begegnen wir der Jugend in Bayern nicht länger von oben herab! Bringen Sie den Mut auf, unserer Jugend gleiche politische Gestaltungsrechte einzuräumen! Lassen Sie Jugendliche ihre Welt – es ist ihre Welt, genauso wie unsere – mitgestalten, und lassen Sie das nicht am Geld scheitern! Stimmen Sie heute wenigstens diesem einen wichtigen Antrag zu! Es reicht nicht, darüber zu reden, dass junge Menschen radikaler werden und sich weniger in – in Klammern: (Partei-) – Politik engagieren. Geben Sie sich einen Ruck: Jugend an die Macht!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Frau Kollegin Stamm. – Der nächste Redner ist der Kollege Woerlein. Bitte schön.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Gelegenheit, Ihnen heute meine Vorstellungen und Visionen einer am Wandel orientierten und damit tatsächlich zukunftsorientierten Jugendpolitik vorstellen zu dürfen. Beginnen möchte ich mit vier grundsätzlichen Überlegungen zur Jugendarbeit in Bayern.

Grundsatzüberlegung eins: Es darf uns nicht genügen, den Großteil der Jugendlichen mit unseren Maßnahmen abzudecken. Es muss der Grundsatz gelten: Niemand darf auf der Strecke bleiben. Jeder Jugendliche, jeder Mensch, der durchs Raster fällt, ist einer zu viel.

Grundsatzüberlegung zwei: Wir als Parlament müssen unsere Befugnisse der Gesetzgebung aktiver und viel stärker nutzen, um Jugend und Jugendverbände durch Gesetzesinitiativen zu unterstützen und damit wirklich zukunftsorientierte Jugendpolitik umzusetzen.

Grundsatzüberlegung drei: Die Individualität und Unterschiedlichkeit aller Menschen und somit auch der Jugendlichen muss noch viel stärker in unseren Blick rücken.

Grundsatzüberlegung vier: Bei aller Dankbarkeit für die umfangreiche und wertvolle Arbeit der Jugendverbände dürfen wir nicht der Versuchung erliegen, den Großteil der Arbeit auf die Jugendverbände abzuwälzen.

Wo liegen derzeit die drängendsten Handlungsfelder für die Stärkung von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft? – Ich möchte mich auf die wichtigsten Handlungsfelder konzentrieren und betonen, dass durch diese Konzentration selbstredend kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

Besonders alarmierend ist für mich die Tatsache, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern oder deren erziehender Elternteil SGB II beziehen, beträgt zwischenzeitlich fast ein Fünftel. Was bedeutet das konkret? – Neben all den materiellen Nachteilen, die für ein Kind besonders schmerzlich sind, führt dies zu noch viel gravierenderen Nachteilen. Wir sprechen von Defiziten bei Betreuungsangeboten und gesundheitlicher Entwicklung, vor allem aber über deutlich geringere Bildungschancen. Die in den einschlägigen Statistiken deutlich werdenden engen Zusammenhänge zwischen sozialer Schichtung und Bildungsabschluss sprechen eine überdeutliche Sprache. Wichtig wäre es daher, gerade sozial benachteiligten Jugendlichen bessere Chancen beim Start ins Berufsleben zu eröffnen. Ich nenne als Beispiel die Jugendwerkstätten.

Beim nächsten Punkt darf ich an die Jahresschlussworte meiner Kollegin Natascha Kohnen anknüpfen, die in der letzten Plenarsitzung des Jahres 2016 darauf hingewiesen hat, dass nach mehreren Jahrzehnten eines demokratischen Miteinanders nun plötzlich politische Kräfte Raum gewinnen, die unsere Demokratie gefährden. Angesichts einer solch dramatischen Entwicklung richtet sich unser Blick voller Erwartung auf die politische Bildung. In der Schlussrunde des BDKJ-Jahresauftakts am 25. Januar 2017 wurde als Ergebnis aller Arbeitsgruppen gefordert, die politische Bildung auf alle Alters- und Lebensbereiche auszudehnen.Eine Stärkung der politischen Bildungsarbeit wurde übrigens auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission gefordert. Statt einer punktuellen und passiven Begegnung in den weiterführenden Schulen ab Jahrgangsstufe 9 sollen sich bereits Kinder in der Kita spielerisch mit diesem Thema auseinandersetzen.

In der Grundschule bieten sich dann verschiedene Möglichkeiten auf kommunaler Ebene an. Neben dem heute bereits vielfach praktizierten Besuch des Bürgermeisters sollten auch schon in den ersten Jahrgangsstufen kleinere Projekte laufen, in denen sich die Grundschüler mit Grundlagen des bürgerlichen Miteinanders beschäftigen.

Die weiterführenden Schularten ab Jahrgangsstufe 5 sollten die politische Bildung nicht in die Mittel- und Oberstufe verlegen, sondern konsequent ab dem ersten Jahr projektbezogenes Arbeiten im Bereich der politischen Bildung anbieten. Hierzu ist es aber nötig, dass wir im bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz die notwendigen Vorgaben machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sollte ihre Angebote in Richtung praktische Anwendungsfelder erweitern und vor allem für die Jugendarbeit praxistaugliche Konzeptmappen erarbeiten, mit denen die Jugendgruppenleiter in der Vorbereitungsarbeit spürbar entlastet werden.

Ich komme zu einem der am meisten diskutierten Punkte im Zusammenhang mit der politischen Teilhabe Jugendlicher, zur Absenkung des Wahlalters auf Landesebene in Bayern. Natürlich sind die Argumente dagegen nicht völlig von der Hand zu weisen. Wir haben aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich Jugendliche für Politik interessieren und einbringen wollen. Dies wurde in der Anhörung am 14. Juli 2016 überdeutlich. Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen des emeritierten Entwicklungspsychologen Prof. Rolf Oerter beim politischen Jahresauftakt des Bayerischen Jugendrings im Januar dieses Jahres in Gauting. Sein Fazit lautete: Es gibt entwicklungspsychologisch keine Hinweise darauf, dass Jugendliche über 16 im Hinblick auf Urteilsfähigkeit und Reife nicht in der Lage wären zu wählen. Daher ist es nur konsequent zu fordern, dass alle Erziehungseinrichtungen, die mit Kindern zusammenarbeiten, verpflichtet werden, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten.

(Beifall bei der SPD)

Dies erzieht zu Eigenverantwortung, Selbststeuerung und zur Entwicklung von Konfliktlösungsstrategien.

Bei der Optimierung schulischer Strukturen liegen meine Partei und die in der Regierungsverantwortung stehende Partei so weit auseinander, dass ich diesen Punkt vor dem Hintergrund der Absicht, einen Konsens zu erzielen, zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen völlig ausklammern will. Stattdessen will ich mich auf die notwendigsten Änderungen beschränken, die unabhängig von schulischen Organisationsstrukturen realisierbar sind. Besonders augenfällig sind noch immer die mangelnde Beteiligung und tatsächliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen und Planungen. Dies beginnt beim Lernen.

Maria Montessori und ihr Motto "Hilf mir, es selbst zu tun" haben noch immer viel zu wenige Schulen wirklich im Blick. Warum rücken wir die Kinder und jungen Leute nicht noch viel mehr in den Mittelpunkt? – Um sie geht es in der Schule, um niemanden anders! Sie sollten immer Vorrang haben. Warum entmündigen wir unsere Schülerinnen und Schüler selbst noch in einem Alter, in dem sie problemlos Verantwortung übernehmen können? Warum beteiligen wir die Schüler der Mittel- und Oberstufe nicht viel mehr an für sie wichtigen Fragen und Vorhaben, wie zum Beispiel an Kurseinteilung, Projektplanung oder Abschlussfahrt?

(Beifall bei der SPD)

Warum entlasten wir die Lehrkräfte nicht durch die flächendeckende Jugendsozialarbeit an allen Schularten? Warum sorgen wir nicht für vernünftige Rahmenbedingungen, sondern belasten uns mit einer jahrelangen Debatte über G 8 oder G 9? Und noch schlimmer: Warum schweigen wir zu einer derzeitigen Pflichtstundenabdeckung von 80 % bis maximal 90 % an den beruflichen Schulen?

(Beifall bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Hört, hört!)

Wenn es uns nicht gelingt, auf diese Fragen schnell Antworten zu finden, verspielen wir die Zukunft der Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildenden, die unter so schwierigen Rahmenbedingungen ihre Schulzeit absolvieren müssen.

Ich war 30 Jahre lang in unterschiedlichsten Funktionen im bayerischen Schulwesen tätig. Eine Erfahrung aus der Arbeit mit jungen Leuten will ich heute herausstellen: Junge Menschen wollen ein Miteinander und kein Gegeneinander. Sie lernen im Laufe ihrer Schulzeit Gleichaltrige aus anderen Ländern und Kulturen kennen, und sie machen die Erfahrung, dass diese Mitschülerinnen und Mitschüler dieselben Bedürfnisse, Wünsche und Probleme haben wie sie selbst. Die Erziehung zu Toleranz, europäische Erziehung und Erziehung zu Offenheit gegenüber allen Kulturen dieser Welt tragen bemerkenswerte Früchte. Bestärken wir unsere Kinder und Jugendlichen auf diesem Weg. Sorgen wir parteiübergreifend für die Vertiefung der internationalen Jugendkontakte!

(Beifall bei der SPD)

Jede Form der Verunsicherung in dieser gemeinsamen Frage ist kontraproduktiv. Menschenverachtende Slogans wie "deutsche Leitkultur statt Multikulti" verunsichern unsere Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zu einem friedlichen Europa und einer toleranten solidarischen Weltgesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Toleranz und Offenheit sind auch die Garanten dafür, dass es uns gelingen möge, eine breite Akzeptanz für sexuelle Vielfalt zu erreichen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Diskriminierung von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung gehört noch immer zum Alltag und nach meinen persönlichen Erfahrungen auch zum Schulalltag. Ich werbe daher für einen Aktionsplan gegen Homophobie, der unter Beteiligung aller betroffenen Gruppen erstellt wird.

Unsere wertvollen Partner bei der Unterstützung und Stärkung unserer Jugend, dieser zentralen, wenn nicht der zentralen Kernaufgabe unserer Gesellschaft, sind die Jugendverbände. Ich darf die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Hauptberuflichen und Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit zu bedanken. Uns im Parlament stellt sich die Frage, wie wir die Jugendverbände in ihrer wertvollen Arbeit aktiv und effektiv unter-

stützen können. Hier sehe ich durchaus mehr Möglichkeiten, als sie bisher praktiziert werden. Als die gesetzgebende Einheit in der Gewaltenteilung können wir die rechtlichen Voraussetzungen für Entwicklungen schaffen, die unserer Gesellschaft und Gemeinschaft zugutekommen.

Ein nach wie vor bedeutsames Thema ist die Freistellung von Arbeitnehmern und Studierenden zum Zwecke der Jugendverbandsarbeit. Unsere heutige Debatte und das verabschiedete Gesetz waren ein erster Schritt in die richtige Richtung, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Unser Antrag zum Aktionsprogramm für Flüchtlinge wurde einstimmig für erledigt erklärt. Ich bin darauf gespannt, ob jetzt die Regelförderung tatsächlich gesichert ist.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein wäre der flächendeckende Ausbau der Jugendmigrationsdienste. Diese haben sich bestens bewährt. Leider gibt es in 20 bayerischen Landkreisen diesbezüglich noch überhaupt kein Angebot.

Am Beispiel der Ehrenamtskarte möchte ich zeigen, wie wichtig die Anerkennungs- und Wertschätzungskultur für die Arbeit im Ehrenamt ist. Da genügt es nicht, nur einen Prüfantrag zu stellen, inwieweit das alles im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel zu bewerkstelligen sei. Wenn die Ehrenamtskarte ein ehrliches Dankeschön sein soll, dann muss sie auch attraktive Vergünstigungen enthalten, die richtig Geld kosten. Wer, wenn nicht Bayern, ist hierzu in der Lage?

(Beifall bei der SPD)

Ich verweise auf unseren Gesetzentwurf zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Bayern aus dem Jahr 2015.

Abschließen möchte ich mit dem freiwilligen sozialen und dem freiwilligen ökologischen Jahr. Als Lehrkraft und Schulleiter haben mir ehemalige Schülerinnen und

Schüler durchweg bestätigt, dass die Nutzung dieses Angebots für sie eine wichtige Erfahrung war. Ich möchte daher, dass dieses Angebot ausgebaut wird. Dieser Ausbau soll in zwei Richtungen erfolgen. Zum einen sollen die Einsatzbereiche erweitert werden, zum anderen sollten die Angebote auf bestimmte Zielgruppen besser zugeschnitten werden. Ich denke dabei an technische Herausforderungen für Menschen mit Behinderung und sprachliche Hürden bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Wie Sie sehen, haben wir viel Arbeit vor uns, doch wir sollten uns diesen Herausforderungen stellen. Ich setze auf einen Wandel durch Unterstützung. Die dringend notwendigen Veränderungen können wir dadurch erreichen, dass wir Unterstützungsmaßnahmen kraftvoll umsetzen und auf jede Form von Alibihandeln verzichten. Wir brauchen Reformen und keine Reförmchen. Wir brauchen Politiker, deren Mut sich nicht auf Ankündigungen beschränkt, sondern die bereit sind, sich parteiübergreifend für die Stärkung unserer Jugend einzusetzen.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und ich als jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion stehen jederzeit für eine vertrauensvolle und effektive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Jugend zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Woerlein. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gerlach. Bitte schön, Frau Gerlach.

Judith Gerlach (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute ein ganzes Konglomerat von Anträgen, die unsere Jugend in Bayern betreffen. Gestatten Sie mir anfangs ein paar einleitende Gedanken.

Zurzeit gibt es viele Menschen, die aus verschiedenen Gründen sehr verunsichert sind; die allgemeine weltpolitische Lage gibt dazu viel Anlass. So geht es auch vielen jungen Menschen in Bayern; aber wenn ich an den Schulen zu politischen Diskussionen eingeladen bin, spüre ich von Politikverdrossenheit eigentlich nicht viel. Selbst

wenn die Affinität zu einem Parteiengagement oft nicht vorhanden ist, so beschäftigen sich die Jugendlichen sehr wohl mit Themen, die uns alle umtreiben, wie mit dem Brexit, dem Verhältnis zu den USA oder ganz aktuell mit der Türkei, und sie stellen Fragen zur aktuellen Flüchtlingssituation.

Manch einer fühlt sich sehr ohnmächtig angesichts der großen Herausforderungen, aber gerade jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an und vor allem auch auf unsere Jugend. Das Wichtigste, das wir als politisch Verantwortliche tun können, ist, die Weichen richtig zu stellen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die jungen Menschen in die Lage versetzen, ihren Beitrag für unsere Gesellschaft eigenverantwortlich zu leisten. Dazu gehören aber nicht nur eine gute Bildungs- und Hochschulpolitik, sondern auch der Erhalt und der Ausbau von Wirtschaftsgrundlagen, eine solide und nachhaltige Finanzpolitik sowie Chancengerechtigkeit in allen Lebensbereichen.

Unsere Jugend in Bayern findet sehr gute Rahmenbedingungen im Freistaat vor, und die meisten sind mit den Möglichkeiten und Chancen, die sich ihnen bieten, sehr zufrieden. Natürlich kann man aber immer noch besser werden, und es gibt sicher immer aktuelle Bereiche, auf die man ein besonderes Augenmerk legen muss. Allerdings gilt es abzuwägen, welche Bereiche wirklich dringlich sind und unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Opposition fordert die Staatsregierung unter anderem auf, ein Fachprogramm für geschlechtersensible Jugendarbeit bzw. einen Aktionsplan gegen Homophobie und für die Akzeptanz von sexueller Vielfalt vorzulegen. Davon abgesehen, dass der Bayerische Jugendring als übergeordneter Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit der Wahrnehmung der Aufgaben in der Jugendarbeit beauftragt ist und der BJR damit auch für die Auflage eines etwaigen Fachprogramms zuständig wäre,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

fördert der BJR derzeit gezielt die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Jugendarbeit. Es gab bereits Fachprogramme zur Förderung der Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen und zur Förderung der Jugendarbeit und geschlechtsreflektierten Arbeit mit Jungen, die gute Ergebnisse erzielt haben, welche nun wiederum in die laufenden Tätigkeiten des Bayerischen Jugendrings einfließen.

Die geschlechtersensible Jugendarbeit findet durch Fachberatungen, Fortbildungen und Vernetzungen der relevanten Akteure statt. Homophobie ist natürlich heute auch noch ein Thema, und es ist richtig, junge Leute bei der Selbstfindung ihrer Identität und ihrer sexuellen Orientierung zu unterstützen, wenn sie verunsichert sind oder diskriminiert werden. Dafür stehen in Bayern Anlaufstellen zur Verfügung, bzw. es wird schon in der Kinder- und Jugendhilfe darauf geachtet, junge Menschen in ihrer Entwicklung so zu fördern, dass Benachteiligungen vermieden und abgebaut werden.

Als Anlaufstellen gibt es vor allem die Erziehungsberatungsstellen in ganz Bayern. Die 96 bayerischen Jugendämter der Landkreise und der kreisfreien Städte bieten den Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Beratung in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an, und die circa 180 Beratungsstellen stehen für Fragen im Zusammenhang mit sexueller und geschlechtlicher Orientierung qualifiziert zur Verfügung. Angesichts weiterer Herausforderungen, die sich den jungen Menschen in unserer Zeit stellen, muss man daher überlegen, ob es über das bisherige Angebot hinaus wirklich noch eines zusätzlichen Programms bedarf.

Der Bayerische Jugendring ist ein wichtiger Partner der Bayerischen Staatsregierung bei der Gestaltung und der Umsetzung der jugendpolitischen Ziele. Er selbst entscheidet, wie er sein Programm ausgestaltet. Das geförderte Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" wird beispielsweise weiterhin getragen und auch von politischer Seite unterstützt. Bereits über 360 Schulen in ganz Bayern haben sich an diesem Projekt beteiligt.

Abgeleitet aus den Herausforderungen, die der demografische Wandel an uns alle stellt, wurde ein neues Fachprogramm "Demografie und Partizipation" etabliert. Dadurch soll die Partizipation junger Menschen gefördert werden, und ihnen soll ermöglicht werden, die Welt, in der sie leben und in der sie einen stetig kleiner werdenden Bevölkerungsanteil bilden, aktiv in ihrer Lebenswirklichkeit noch stärker mitzugestalten. Sie sollen Einflussmöglichkeiten real erfahren, und gerade das ist der richtige Ansatzpunkt. Wir müssen die Jugendlichen nicht nur thematisch abholen, sondern sie auch mitnehmen und motivieren, selbst aktiv zu werden.

Darin liegt das Problem. Es wird immer wieder angeführt, dass der Brexit heute nicht Wirklichkeit wäre, wenn allein die jungen Menschen zu entscheiden hätten, und auch Trump wäre heute kein Präsident, wenn es nach der jüngeren Generation ginge. Das Problem ist nur, dass viele der jungen Menschen nicht wählen gegangen sind. Es ist also ihrer eigenen Passivität geschuldet, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde, und dafür lassen sich leider auch in Deutschland Beispiele finden. Im Übrigen wird das auch nicht besser, wenn das Wahlalter herabgesetzt wird.

Wenn wir es wirklich ernst damit meinen, junge Menschen für politische Vorgänge, unsere Demokratie oder für das Wählen zu begeistern, fangen wir doch mit denen an, die zum Wählen gehen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen um die jungen Leute werben, und das meine ich jetzt nicht parteipolitisch, sondern in dem Sinne, dass wir ihnen klarmachen müssen, dass es um ihre Zukunft geht und es auch in ihrer Verantwortung liegt, wie es mit unserem Land, wie es mit Europa weitergeht. Wir müssen sie an politische Vorgänge heranführen, wie zum Beispiel in Jugendparlamenten, und wir dürfen sie auch nicht frustrieren oder abweisen, wenn sie auf kommunaler Ebene ein Projekt angehen, das noch nicht 100-prozentig ausgereift ist.

Jugendpolitik geschieht vor allem vor Ort in der Gemeinde und lässt sich am besten auch dort vermitteln. Die kommunale Jugendarbeit hat daher eine Schlüsselfunktion, die wir mit unserem Antrag unterstützen wollen. Die Überlegung soll sein, wie man die Jugendarbeit in Zukunft in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene noch besser unterstützen kann, um eine eigenständige kommunale Jugendpolitik herausarbeiten zu können.

Mit Blick auf die europäischen und die weltweiten politischen Entwicklungen wird es aber auch immer wichtiger, die internationale Jugendarbeit zu befördern. Unser Antrag zielt daher darauf ab, Möglichkeiten oder neue Wege zu finden, den internationalen Jugendaustausch zu vertiefen. In diesem Jahr ist deshalb eine umfassende Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung durch den BJR in Abstimmung mit dem Sozialministerium geplant, damit die europäische Idee und das Verständnis für andere kulturelle und sprachliche Räume möglichst viele junge Leute erfahren und erleben können.

Für dieses und für das nächste Jahr stehen im bayerischen Haushalt über 29 Millionen Euro für die Jugendarbeit bereit – eine Steigerung um 2 Millionen Euro und damit der höchste Betrag, den es jemals in der Geschichte des Freistaats für die Jugendarbeit gab. Wir setzen damit ein klares Zeichen für die Jugendpolitik in Bayern und für ein positives gesellschaftliches Miteinander, das wir nicht nur heute, sondern auch unter den nachfolgenden Generationen erhalten wollen.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr gut war das!)

Ulrike Gote (GRÜNE): Danke schön, Frau Kollegin Gerlach. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön, Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das Antragspaket heißt "Jungsein in Bayern". Wir sprechen in diesem Fall aber nicht von dem Jungsein in dem Sinne, dass man so jung ist, wie man sich fühlt, sondern es geht konkret um unsere Jugend, um unsere jungen Leute in Bayern – von Niederbayern über Oberbayern, Oberpfalz, Franken und nicht zu vergessen Schwaben. Es geht um alle jungen Leute in Bayern, die im Rahmen dieses Antragspakets als Bürgerinnen und Bürger an und in unserer Demokratie teilhaben sollen.

Die Fülle dieser Anträge ist ein Beweis dafür, dass wir alle – ich denke, das gilt für fast alle Fraktionen, aber nicht unbedingt für die CSU, weil sie ihre Rednerin schon gelobt hat und dann für die anderen nichts mehr übrig bleibt – fraktionsübergreifend die Jugend nicht nur in Sonntagsreden als wichtig bezeichnen, sondern dass wir ihre Anliegen ernst nehmen. Die Anträge 12 bis 35 sind ein Beweis dafür, weil sie wirklich ins Detail gehen. Natürlich kann ich Frau Gerlach nur zustimmen: Wir haben eine gute Ausgangslage in Bayern, aber es gibt nichts, was man nicht noch verbessern kann. Gerade diese Detailfragen, die in diesen Anträgen über alle Fraktionen hinweg angesprochen werden, zeigen eben sehr deutlich, was hier noch verbessert werden kann bzw. auch muss.

Wir FREIEN WÄHLER werden bei allen Anträgen so abstimmen, wie wir im federführenden Ausschuss abgestimmt haben, und auf einige Anträge möchte ich jetzt noch eingehen.

Besonders unterstützenswert und wert, hier hervorgehoben zu werden, ist für uns der Antrag 12 zum Ausbau der politischen Bildungsarbeit, über den jetzt auch namentlich abgestimmt werden soll. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung: Die bestehenden Programme, die natürlich sehr wohl gut sind, reichen nicht aus. Nach wie vor ist uns ein Dorn im Auge, dass beispielsweise nicht alle Klassen, die das möchten, dem Landtag einen offiziellen Besuch abstatten können. Das ist in der Praxis oft schwierig. Wir haben drei- und vierzügige Schulen – und nur zwei Klassen bekommen die Erlaubnis, den Landtag zu besuchen. Die 3. und 4. Klasse können dann nicht parallel unterrichtet werden – das ist schlecht. Nach welchen Kriterien wähle ich als Lehrer

aus? – Das Angebot ist einfach unzureichend. Das gilt für viele Programme, bei denen man sich bewirbt, aber nicht drankommt.

Wir finden auch die Anträge 13 und 15 besonders lobens- und zustimmenswert. Da geht es ums Fachprogramm Umweltbildung und um Fachprogramme für geschlechtersensible Jugendarbeit. Diese Fachprogramme haben sich in der Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring bewährt, und sie sollten nach wie vor finanziell entsprechend unterstützt werden. Wir wissen natürlich, dass der Etat des Bayerischen Jugendrings finanziell aufgestockt wurde. Aber die Aufgaben sind ja auch entsprechend mehr geworden.

Bei einer Reihe von Anträgen werden wir uns enthalten bzw. sie ablehnen. Das gilt für die Anträge 16, 19, 22, 23 und 24. Hier haben wir bereits gut funktionierende Programme. Wir glauben nicht, dass die Situation sich hier wesentlich verbessert, wenn wir neue Programme auflegen. Oft mangelt es nicht an Programmen, sondern an der Zeit und an den Kapazitäten derer, die diese Programme betreuen. Da muss man an anderen Stellschrauben drehen, anstatt weitere neue Programme aufzulegen. Im Rahmen dieser Anträge geht es auch um zusätzliche neue Einrichtungen; da gehen wir mit meiner Vorrednerin d'accord: Einrichtungen wie vor allem die Erziehungsberatungsstellen wollen wir lieber stärken und ausbauen; sie sollen noch mehr Möglichkeiten bekommen, zum Beispiel vor Ort zu beraten. Wir wollen uns eigentlich nach wie vor auf deren Fachwissen konzentrieren.

Der Antrag 17 – Absenkung des Wahlalters – ist für uns FREIE WÄHLER heikel. Wir erwähnen ihn trotzdem. Wir werden ihm nach wie vor nicht zustimmen. Wir wissen, dass sehr viele, eigentlich alle Jugendlichen, natürlich auch der Dachverband Bayerischer Jugendring, diese Absenkung fordern. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass das auf kommunaler Ebene passieren soll. Bereits in zehn Bundesländern ist das Wahlalter auf der kommunalen Ebene auf 16 abgesenkt. Wir gehen aber – momentan zumindest – noch nicht mit bei der Absenkung des Wahlalters für die Landtags- und Bundestagswahl. Wir sehen in der öffentlichen Diskussion beispielsweise

bei den GRÜNEN einen gewissen Widerspruch in der Argumentation: Das G 9 muss jetzt unbedingt sein, weil der junge Mensch noch nicht reif ist fürs Studium, weil er noch nicht studierfähig ist. Umgekehrt sagt man aber dann: Mit 16 ist er reif und kann wählen. – Hier stimmt die Argumentation intern nicht. Aber wir geben zu: In Österreich ist das Wahlalter seit 2007, also seit zehn Jahren, auf allen Ebenen abgesenkt, und die österreichische Demokratie ist jedenfalls nicht schlechter geworden. – Wir nähern uns also dem Thema an, lehnen momentan aber die Absenkung des Wahlalters in dieser Kombination von Kommunal- und Landtagswahlen ab.

Unterstützen werden wir mit Freude die Anträge 18 und 21 – hier geht es um die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr –, weil wir sie selber immer wieder so formuliert haben. Das ist ganz klar der richtige Weg, um Jugendliche für unsere Gesellschaft zu interessieren. Hier zeigen wir, dass wir sie ernst nehmen. Wir geben ihnen hier viel Verantwortung. Wir FREIEN WÄHLER sind nach wie vor der Meinung, dass der Katalog in diesem Zusammenhang um das Freiwillige Politische Jahr erweitert werden muss. Das haben wir schon einmal gefordert; wir werden das bei der nächsten Gelegenheit erneut tun.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir lassen jetzt eine gewisse Anstandsfrist vergehen, und dann werden wir diesen Antrag erneut stellen. Vielleicht ist die Bereitschaft des Hohen Hauses nach diesem Paket größer, diesem Antrag zuzustimmen.

Wir freuen uns über die Anträge 27, 28, 29 und 30, die sich alle mit den Möglichkeiten beschäftigen, den jungen Menschen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern. Hier geht es um die Jugendwerkstätten, ein Übergangssystem Schule und Beruf. Da sind wir dabei; denn uns allen ist klar: Der junge Mensch, der seinen Berufsweg gehen kann, ist nicht so anfällig für extreme Gedanken, für Straftaten und so weiter. In diesem Fall muss man auch ganz klar sagen: Die Anträge im Bereich der Jugend, die diesen Übergang fördern, sind eigentlich ein Armutszeugnis für das Kultusministerium.

Nach wie vor gibt es viel zu viele Jugendliche, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, die wichtige Grundkompetenzen nicht haben. Manche der Programme, die wir hier fordern und unterstützen, wären überflüssig, wenn die Schule ihre Hausaufgaben machen würde – und damit meine ich jetzt nicht die Lehrer, die Eltern und die Schüler, sondern die, die die Institution Schule zu verantworten haben; hier gibt es einfach Lücken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Letztendlich sehen wir besondere Aktualität im Antrag 35, dem letzten Antrag: "Fanprojekte stärken". Hier geht es inzwischen darum, dass man viel mehr Geld braucht. – Dann möchte ich auch noch auf den Antrag 32 hinweisen, den wir natürlich auch unterstützen; das ist der Antrag der CSU, mit dem sie eigenständige kommunale Jugendpolitik fördern will. Da sind wir dabei. Wir sind bei allen Vorschlägen dabei, wie man Jugendparlamente, Jugendsprecher in den Gemeinderäten fördern kann. Ich muss hier aber darauf hinweisen, dass Ihre Ankündigung, d'Hondt wieder einzuführen, ein ganz klarer Widerspruch zu dem ist, was Sie hier beantragen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie sollten sich schon einmal überlegen, dass Sie nicht einmal hü sagen können und dann wieder hott. Bleiben Sie bei der Linie des Antrags 32, und vergessen Sie Ihre anderen Ankündigungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Gottstein. – Jetzt hat sich noch Kollege Dr. Hopp zu Wort gemeldet. – Er kommt auch schon. Bitte schön, Herr Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Hohes Haus, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder haben oft einen eigenen Blick auf die Welt. Meine zwei kleinen Kinder haben heute um vier Uhr morgens entschieden, dass die Nacht zu Ende ist und der

Tag beginnt. Jugendliche haben auch oft einen eigenen Blick auf die Welt, kritisch hinterfragend, und das ist auch gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren. – Liebe Kollegin Stamm, ich erlebe auch sehr konstruktive und sehr kritische Diskussionen mit Jugendlichen, die sich politisch engagieren und die sehr politisch geworden sind.

Nicht weit von hier, mitten in München, findet seit Monaten eine Demonstration für Europa statt, für den Pulse of Europe, der auch hier in München schlägt wie kaum zuvor. Jugendliche setzen sich für die gesamte Gesellschaft ein, und das ringt mir immer wieder Respekt ab, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Unsere Jugend ist politischer denn je, und sie wird in einem Spannungsfeld groß, wie es wohl noch nie da war. Einerseits haben wir eine gute wirtschaftliche Lage in ganz Bayern, in ganz Deutschland, und die Perspektiven für junge Menschen sind wohl besser als je zuvor. Jugendliche in Bayern haben die besten Aussichten in ganz Deutschland, während in einigen europäischen Ländern fast 50 % der Jugendlichen keine Arbeit haben. Kein in Deutschland geborener Jugendlicher kennt Krieg oder die Bedrohung durch Krieg am eigenen Leib. Die europäische Einigung, das größte Friedensprojekt, das wir erleben dürfen, hat der Jugend so viel Freiheit und so viele Möglichkeiten wie noch nie gebracht. Lernen, Arbeiten, Studieren, Internationalität sind für die Jugendlichen und für uns alle normal geworden. Es ist aber nicht selbstverständlich, dass dies so bleibt, weil die Demokratie auch von außen unter Druck geraten ist. Wir haben Krisenherde in der Welt, Unsicherheiten, Populismus – all diese Themen haben wir auch in der zweitägigen Ausschusssitzung miteinander diskutieren können. Fake News, Digitalisierung – all diese neuen Entwicklungen betreffen gerade die jüngere Generation.

Der demografische Wandel stellt uns alle vor Herausforderungen und bestätigt uns darin, dass wir mehr denn je eine starke, eine engagierte Jugend brauchen. Deswegen ist es gut, dass wir ihr mehr Aufmerksamkeit denn je widmen. Ich denke allein an

das Kinder- und Jugendprogramm, das wir aufgelegt haben und das im Jahr ungefähr 70 Millionen Euro als Finanzierung benötigt, die wir gerne bereitstellen. Ich denke an die Jugendarbeit; wir haben die Mittel hierfür in den letzten Jahren deutlich auf fast 30 Millionen Euro erhöht. Für diese Unterstützung danke ich meiner Fraktion noch mal sehr. Ich denke daran, dass wir beim Bayerischen Jugendring Schwerpunkte auch auf die Jugendleiterausbildung und auf die europapolitische Bildung legen wollen.

Wir haben heute Nachmittag das Bayerische Jugendfreistellungsgesetz beschlossen. Damit haben wir gerade die Unterstützung für die Jugend deutlich gemacht. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Jugendverbände, unsere Jugendlichen, immer wieder wertvolle Impulse für unsere Arbeit liefern können. Ich denke an das Programm "Flüchtlinge werden Freunde". Es wird fortgeführt, und es wird im Doppelhaushalt verankert. Meine Damen und Herren, das war ein ganz wichtiger Schritt, weil wir eigenverantwortliche junge Menschen wollen, die sich als Teil dieser Gesellschaft fühlen.

Sehr geehrte Frau Kollegin Stamm, der außerschulischen Bildung kommt selbstverständlich eine ganz große Bedeutung zu, wenn es darum geht, Radikalisierung und Extremismus entgegenzuwirken. Es wurde bereits das Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" erwähnt, das über den Bayerischen Jugendring gefördert wird. Ich möchte auch erwähnen, dass die Kreisjugendringe und die Bezirksjugendringe mit einer Vielzahl von Maßnahmen junge Menschen stark machen, damit diese nicht dem Rassismus anheimfallen und gegen Rassismus auftreten. Deswegen haben wir die Mittel auch deutlich erhöht. Wir lassen dem Bayerischen Jugendring auch weiterhin die Entscheidung, welche Projekte er auf den Weg bringen will. Eine pauschale Forderung, wie Sie sie in diesem Antrag vorlegen, bringt uns hier aber nicht weiter. Weiter bringt uns hingegen die Arbeit der Kinderkommission mit ihrer Vorsitzenden Tanja Schorer-Dremel. Sie hat sich gemeinsam mit ihren Kolleginnen erfolgreich für die Kinderrechte eingesetzt

(Beifall bei der CSU)

Weiter bringen uns auch unsere Jugendlichen, wenn es darum geht, wie man sich beim Übergang von der Schule in den weiteren Lebensweg ehrenamtlich engagieren und einbringen kann. Wir haben hier alle Möglichkeiten. Wir haben den Freiwilligendienst für Jugendliche bereits 2011 auf den Weg gebracht; er bietet vielfältige Einsatzbereiche. Das betrifft zum Beispiel auch den Einsatz in bayerischen Kindertagesstätten. Das haben Sie in einigen Anträgen gefordert, aber das wurde von der Bayerischen Staatsregierung schon erfüllt. Da werden viele Möglichkeiten angeboten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Wir haben in der Fraktion aber auch Ideen erarbeitet, wie man gerade an kleinen Stellschrauben etwas verändern, etwas verbessern kann, wenn es darum geht, Jugendliche für das Ehrenamt zu gewinnen. Sie alle kennen das Erfolgsmodell der Bayerischen Ehrenamtskarte. Sie kennen auch alle die Jugendleiterkarte "Juleica". Wir haben die Erfahrung gemacht, dass nicht nur viel zu wenige Jugendliche die "Juleica" beantragen, sondern auch die Ehrenamtskarte, und das, obwohl man mit der Jugendleiterkarte die Ehrenamtskarte automatisch bekommen könnte. Wir könnten uns vorstellen, beide Antragsverfahren zu verknüpfen. Damit könnten wir vielleicht auch einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass der Bayerische Jugendring doch noch die Wette mit der Jugendministerin Emilia Müller gewinnt, die "Juleica" 50.000-fach an die Jugendlichen zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiges Thema ist die Medienkompetenz. Digitalisierung ist das Zukunftsthema für ganz Bayern. Die aktuelle Generation ist die erste Generation, die von Kindesbeinen an digital aufwächst. Sie gehen nicht online, so wie das manche von uns tun, sondern die Jugendlichen sind permanent online. Das erlebe ich im Kontakt mit den Jugendverbänden und in den Diskussionen mit Jugendlichen immer wieder aufs Neue. Die Jugendlichen wollen die digitalen Medien nicht nur nutzen, sondern sie wollen sie auch verstehen. Machen wir uns nichts vor: Die Zeiten grenzenloser Faszination von Facebook & Co. sind lange vorbei. Jugendliche wissen vielleicht sogar besser als wir Ältere um die Gefahren im Netz. Sie wollen aber Hilfestellungen, wie sie sich im Netz bewegen können. Jugend und Datenschutz, das ist für alle Generationen ein Thema gewor-

den. Sind es nicht oft sogar die Eltern, die dauernd zu Hause am Smartphone hängen? – Vielleicht ist es deshalb gut und wichtig, dass sich Projekte wie "Elterntalk" bewusst an Eltern richten und niedrigschwellig und im privaten Rahmen Plattformen zum Erfahrungsaustausch geben. Vielleicht ist es deshalb wichtig und richtig, dass das Projekt "webhelm" des JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – so gestaltet ist, dass Jugendliche für Jugendliche und Eltern Konzepte erarbeiten. Für uns war es ein besonderes Anliegen, die Finanzierung des JFF auf eine tragfähige Basis für die Zukunft zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Der Jugend ist es sehr wichtig mitzureden. Wir wollen mitgestalten, wenn es um das Erfolgsmodell des Medienführerscheins an den Schulen geht. Der Medienführerschein leistet hervorragende Dienste, um Medienkompetenz zu vermitteln. Wir haben jetzt im Elementarbereich viel Neues auf den Weg gebracht. Dieses Erfolgsmodell wollen wir für die Jugendarbeit ausbauen. Wir haben uns deshalb gemeinsam dafür eingesetzt, den Medienführerschein für die Jugendarbeit fortzuentwickeln und das Konzept auszubauen. Ich hoffe, dass wir damit ab Sommer dieses Jahres in ganz Bayern in Vereinen und Jugendgruppen den Umgang mit den neuen Medien noch stärker in den Vordergrund rücken können. Vielleicht ist es danach so, dass die Jugendlichen den Eltern am Küchentisch erklären können, wo es in der digitalen Welt langgeht.

Das alles hat einen ernsten Hintergrund: Digitale Kompetenzen sind bei allen Generationen, aber auch in den Lebenswelten der Jugendlichen unterschiedlich ausgeprägt. Sie werden gleichzeitig immer wichtiger für die soziale Teilhabe, für die berufliche Zukunft, aber auch für den politischen Diskurs. Wir wollen deshalb ergänzend ein neues Fachprogramm gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring erarbeiten. Es geht um innovative Ansätze in der Jugendarbeit und darum, wie Jugendliche digitale Medien erleben, wie sie sie wahrnehmen und entdecken, aber auch, was es für das kulturelle Miteinander bedeutet, sich in den neuen sozialen Netzen zu bewegen. Das ist ein Thema, das für die gesamte Gesellschaft von Bedeutung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend darf ich sagen: Jeder, der einmal in der Jugendarbeit und für die Jugendarbeit tätig war, sagt: einmal Jugendarbeit, immer Jugendarbeit. Hans Reichhart von der JU sagt: Einmal JU, immer JU. Jeder von uns, der sich für die Jugendarbeit einsetzt, wird das auch in Zukunft tun. Es ist eine wichtige Aufgabe für die Politik, hier weiterzuarbeiten. Das werden wir. Die Wörter "Jungsein in Bayern" können ergänzt werden zu dem Satz: "Jungsein in Bayern ist schön.". Dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt, arbeiten wir. Vielen Dank für die Unterstützung! Vielen Dank an meine Fraktion für die Unterstützung beim Haushalt!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Hopp. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Von der Abstimmung ausgenommen ist der Tagesordnungspunkt 25, das ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Aktionsprogramm ‘Flüchtlinge werden Freunde‘ durch Regelförderung verstetigen!", der im federführenden Ausschuss für erledigt erklärt wurde.

Die Fraktionen sind übereinkommen, grundsätzlich über das Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration abzustimmen. Auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird aber über den Antrag auf Drucksache 17/11616 in namentlicher Form abgestimmt. Ebenso wird auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über den Antrag auf Drucksache 17/14146 in einfacher Form abgestimmt. Die Einzelabstimmung und die namentliche Abstimmung finden nach den Voten-Abstimmungen statt. Ich lasse aber über die Antragspakete der Fraktionen gesondert abstimmen.

Als Erstes rufe ich die Abstimmung über das Antragspaket der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Anträge auf den Drucksachen 17/12795 und 17/12797 bis 17/12800 zur Ablehnung. Beim Antrag auf Drucksache 17/12793 betref-

fend "Fachprogramm Umweltbildung wiederauflegen" empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung in einer Neufassung, der auch der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zustimmt, allerdings mit der weiteren Maßgabe, dass die Wörter "aus Mitteln für Umweltbildungsmaßnahmen" angefügt werden. Beim Antrag auf Drucksache 17/12794 betreffend "Interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit in Bayern" empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Absätze 2 bis 4 gestrichen werden.

Ich lasse jetzt über die Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Integration bzw. beim Antrag 17/12793 mit dem Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Den Anträgen auf den Drucksachen 17/12793 und 17/12794 ist damit in geänderter Fassung zugestimmt worden. Die übrigen Anträge sind abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über die Anträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion. Es sind dies die Anträge auf den Drucksachen 17/14138 bis 17/14142 und 17/14145 sowie 17/14147 bis 17/14149. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Anträge zur Ablehnung. Auf Antrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN soll gemäß § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung beim Antrag auf Drucksache 17/14149 das gleichlautende Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Enthaltung – bei den genannten Fraktionen zugrunde gelegt werden.

Ich lasse auch hier über die Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Inte-

gration bzw. für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind abgelehnt.

Es folgt nun noch die Abstimmung über die Anträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drucksachen 17/14996 bis 17/15000. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt Zustimmung. Beim Antrag auf Drucksache 17/14996 betreffend "Zugang Ehrenamtskarte erleichtern" empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls Zustimmung, allerdings mit der Maßgabe, dass der zweite Absatz eine Neufassung erhält.

Ich lasse auch hier über die Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration bzw. beim Antrag auf Drucksache 17/14996 mit dem Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, SPD, FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Den Anträgen ist somit zugestimmt worden.

Jetzt lasse ich zunächst in einfacher Form über den Antrag der Abgeordneten Weikert, Rauscher und anderer (SPD) betreffend "Ergebnisse der Anhörung ‚Jungsein in Bayern' ernst nehmen IX: Jugendwerkstätten stärker fördern!" auf Drucksache 17/14146 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ge-

genstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt folgt noch die namentliche Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission ‚Jungsein in Bayern' I: Politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen ausbauen" auf Drucksache 17/11616. Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.22 bis 20.27 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aus Tagesordnungspunkt 10 ist noch ein Antrag offen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen", Drucksache 17/10665. Dieser Tagesordnungspunkt oder diese Debatte ist im Einvernehmen aller Fraktionen auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Der Antrag wird heute also nicht mehr beraten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe nun noch das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission ‚Jungsein

in Bayern‘ I: Politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen ausbauen" auf Drucksache 17/11616 bekannt. Mit Ja haben 57 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 71. Stimmenthaltungen gibt es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.03.2017 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" I - Politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen ausbauen (Drucksache 17/11616)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	57	71	0